

TOP 51:

EntschlieÙung des Bundesrates zur "Gewaltprevention für gefährdete Beschäftigte in Dienstleistungsberufen"

- Antrag des Landes Brandenburg -

Drucksache: 383/17

Mit der EntschlieÙung soll der Bundesrat öffentliche und private Arbeitgeber dazu auffordern, MaÙnahmen zur Gewaltprevention von gefährdeten Beschäftigten in Dienstleistungsberufen zu ergreifen.

Die immer häufigeren Angriffe auf Beschäftigte in Dienstleistungsberufen sollen vom Bundesrat verurteilt werden, sei es körperliche, verbale oder im Internet begangene Angriffe auf deren Würde. Eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Wertschätzung für die immer öfter gefährdeten Berufsgruppen soll angeregt werden. Für ein Zurückdrängen physischer und psychischer Gewalt gegen Beschäftigte sei ein Zusammenwirken zwischen Ländern, Bund, Gemeinden, privaten Arbeitgebern und der Zivilgesellschaft erforderlich, so die EntschlieÙung.

In der vom Arbeitgeber nach dem Arbeitsschutzgesetz geforderten Beurteilung der Arbeitsbedingungen und in der Festlegung geeigneter MaÙnahmen soll ein wesentliches Element zum Arbeitsschutz gesehen werden, insbesondere beim Auftreten tatigkeitsbezogener Risikofaktoren. So sollen technische und/oder organisatorische MaÙnahmen Gewalttaten unmöglich machen oder erschweren. Schulungen in diesem Bereich im Rahmen der genannten MaÙnahmen sollen dazu dienen, die Auswirkungen der unvermeidlichen Gewaltereignisse zu mildern.

Angesichts der Statistik, wonach nur 54 Prozent der Betriebe solche MaÙnahmen ergreifen, soll der Bundesrat auf die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung hinwirken. Insbesondere sei diese in kleinen Betrieben, dienstleistenden Bereichen oder Risikobereichen erforderlich.

Der **federführende Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik** und der **Ausschuss für Innere Angelegenheiten** empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung zu fassen.

Der **Gesundheitsausschuss** und der **Wirtschaftsausschuss** empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung nach MaÙgabe von Änderungen zu fassen.

Die Empfehlungen im Einzelnen sind aus **Drucksache 383/1/17** ersichtlich.

